



Paul Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteidigungspolitischer Sprecher der
Fraktion DIE LINKE

Warum ich mich bei der Abstimmung über das UNMIS-Mandat wieder enthalten werde

Der Bundestag stimmt in dieser Woche über die Verlängerung des deutschen Beitrags zur UNO-Mission (UNMIS) im Sudan ab. Dabei geht es grob gesagt um den Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Zugleich steht die Abstimmung über die Fortsetzung der UNAMID-Mission von UNO und Afrikanischer Union (AU) an, bei der es um Darfur geht.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren beide Missionen überwiegend abgelehnt; gerade bei UNMIS gab es eine Anzahl von Genossinnen und Genossen, die sich enthalten haben. Ich gehörte zu denjenigen, die bei UNAMID mit Nein und bei UNMIS mit Enthaltung gestimmt haben. So werde ich es auch dieses Mal halten. Ich möchte Euch im Folgenden meine Gründe dafür darlegen. Mir liegt besonders daran, zu begründen, warum ich in der konkreten Situation den UNMIS-Einsatz nicht ablehnen kann.

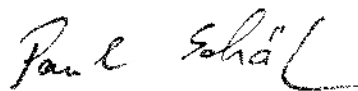
- 1) UNMIS ist ein friedenserhaltender Einsatz, der auf die Umsetzung eines Friedensabkommens gerichtet ist.
- 2) Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Mission auf der Grundlage des Völkerrechts erfolgt.
- 3) Der deutsche Beitrag besteht in der Entsendung unbewaffneter Militärbeobachter.
- 4) Da im Januar 2011 das Referendum über die weitere Zukunft Südsudans stattfindet, droht in den nächsten Monaten eine Eskalation der Spannungen, die in einen neuen Krieg münden kann. Dies muss durch energische diplomatische Bemühungen von UN, AU, EU, China und Anderen verhindert werden.
- 5) In diesem Zusammenhang kommt der UN-Militärpräsenz eine wichtige Funktion zu: Die UN-Soldaten bilden einen Puffer zwischen den aufgerüsteten und in Stellung gebrachten Truppen des Nordens und des Südens. Das ist eine klassische Blauhelm-Aufgabe. Ein jetziger Abzug der Blauhelme wäre eine Einladung zur Wiederaufnahme der Gewalt.
- 6) Der Rückzug der deutschen Militärbeobachter hätte unmittelbar nur geringe Auswirkungen auf die UN-Mission, die politisch-symbolische Bedeutung jedoch wäre erheblich. In der geschilderten Situation die UNO im Stich zu lassen, halte ich für fahrlässig und unvertretbar.

Eine Zustimmung zu UNMIS kommt für mich aus folgenden Gründen nicht in Betracht:

- Wieder einmal dient die Entsendung von Soldaten der Beruhigung des Gewissens und der Öffentlichkeit; damit werden nur die eklatanten Versäumnisse der Politik und der Diplomatie vertuscht. Damit kann ich mich nicht abfinden.
- Zu diesem Widersinn gehört, dass die beiden Konfliktparteien nicht zuletzt von Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates weiter aufgerüstet wurden und die Verpflichtungen des Friedensabkommens zur Demobilisierung und Demilitarisierung kaum bis gar nicht umgesetzt wurden. Dagegen gilt es zu protestieren.
- Wir sollten die Fraktion bleiben, die immer wieder und entschieden auf zivile Konfliktlösungsstrategien drängt.

Schließlich: Was UNAMID angeht, liegen die Dinge nach wie vor anders. Es gibt kein umfassendes Friedensabkommen, das die wichtigen Akteure einschließt. Die UN/AU-Truppen laufen eher Gefahr, zur Befestigung des StatusQuo, einschließlich der massenhaften Vertreibungen und der illegalen Landnahme beizutragen. Eine wirkliche Schutzfunktion gegenüber der Zivilbevölkerung ist nicht richtig zu erkennen. Daher Ablehnung des Mandats.

Berlin, 16. Juni 2010



Anhang:

1) Die UN-Mission UNMIS zielt im Kern auf die Durchsetzung eines umfassenden Friedensabkommens (CPA) aus dem Jahre 2005, mit dem ein über zwanzigjähriger Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan (genauer genommen ein Krieg, der schon 1955/56 begann) beendet wurde. Er hat in der Zeit zwischen 1983 und 2005 zwei Millionen Menschenleben gekostet und vier Millionen Menschen zu dauerhaften Flüchtlingen gemacht.

Dieses Abkommen sieht vor,

- dass die südlichen Provinzen des Landes autonom von der südsudanesischen Befreiungsbewegung regiert werden,
- diese (SPL/SPLA) in einer Übergangszeit an der Zentralregierung zu beteiligen ist,
- die wirtschaftlichen Einnahmen vor allem aus dem Ölgeschäft geteilt werden und
- dass vor einem Referendum über die mögliche Abspaltung des Südens 2011, demokratische Wahlen im ganzen Land stattfinden sollen (2010).

Streitfragen über den Verlauf der künftigen Grenze sollten friedlich gelöst werden. Um die militärische Konfrontation abzuschwächen, sollten gemeinsame Militäreinheiten gebildet werden. Das Friedensabkommen ist, so gesehen, einer doppelten Ratio gefolgt: Der Süden hat das Recht, sich einvernehmlich und friedlich abzuspalten; zugleich sollte aber alles getan werden, um doch noch die Möglichkeit eines vereinigten Sudans zu eröffnen. Diese sudanesishe Perspektive war an demokratische Reformen des Landes und an ein Ende der Vernachlässigung der Provinzen gekoppelt.

2) Leider ist diese Chance, in der Übergangsphase eine Wiederannäherung der beiden Landesteile herbeizuführen, nicht genutzt worden. Die im Süden führende Kraft, die SPLM, hat ihre frühere gesamtsudanesishe Agenda aufgegeben und drängt auf Unabhängigkeit. Die in Khartoum regierende National Congress Party unter dem Präsidenten al Bashir hat nichts unversucht gelassen, um ihrerseits die Bestimmungen des Abkommens zu torpedieren oder zu behindern: Die gerechte Teilung der Öleinnahmen ist nicht gewährleistet, die Regeln zur Gewährleistung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden systematisch missachtet, die offenen Grenzfragen werden nicht angegangen. Die integrierten Militäreinheiten stehen auf dem Papier; beide Seiten

haben wieder aufgerüstet, wurden in puncto Ausbildung und Training der Soldaten auch von Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates unterstützt und haben an der Grenze Stellung bezogen. Weil die Chance eines erneuerten und geeinten Sudans von beiden Seiten nicht genutzt worden ist, scheinen gegenwärtig die Weichen in Richtung einer Lostrennung des Südens gestellt. Diese Entwicklung setzt mit Blick auf die vielen labilen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent und viele ungelöste Grenzfragen ein nicht ungefährliches Zeichen. Das kann uns daher nicht gefallen. Aber es bleibt dabei: Die Alternative zu diesem Friedensschluss war die Fortsetzung des Krieges. Und auch heute gilt: Wer die Wiederaufnahme des Krieges verhindern will, muss auf der Umsetzung des Friedensabkommens (inkl. Referendum) bestehen.

3) Die Erfahrung lehrt, dass nach einer solch langen Zeit eines erbarmungslosen Krieges ein Friedensprozess von „unbeteiligten“ Dritten begleitet und garantiert werden muss. Diese Rolle können nur die Vereinten Nationen ausfüllen. Daher war es konsequent und vernünftig, dass sich die Uno engagiert hat, um zur Entflechtung der Truppen, der Demilitarisierung, zur friedlichen Lösung der vielen Streitfragen und dem Wiederaufbau beizutragen. Die Entsendung einer knapp zehntausend Menschen umfassenden Truppe, die ausschließlich von der UNO geführt wird, war ein Bestandteil dieser Bemühungen zur Konsolidierung des Friedens und bewegt sich im Rahmen des Völkerrechts.

UNMIS ist nach Geist und Buchstabe eine peacekeeping-Mission, nicht zuletzt, weil die beiden Konfliktparteien – die NCP-Regierung in Khartoum und die Regierung des Südsudan (GOSS) – sich mit der Stationierung einverstanden erklärt haben. Am Blauhelmcharakter von UNMIS ändert auch die Tatsache nichts, dass die militärische Komponente der Mission eine unter Kap. VII mandatierte ist. Der durch den Bezug auf Kapitel VII legitimierte Einsatz militärischer Gewalt ist durch den UN-Sicherheitsrat ausdrücklich darauf begrenzt, sich selbst verteidigen zu dürfen und im Fall unmittelbarer Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung schützend zu intervenieren. De facto hat die Truppe bis heute auf Gewaltanwendung verzichtet; bei immer wieder aufflammenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den sudanesischen Akteuren hat man sich auf diplomatische Bemühungen zur De-Eskalation konzentriert. So auch erfolgreich bei heftigen Kämpfen um Malakal im Jahre 2008.

Nur der Vollständigkeit halber, sei es noch einmal erwähnt: Der deutsche Beitrag zu UNMIS, über den wir ausschließlich zu befinden haben, besteht in der Entsendung von z.Zt. 36 unbewaffneten Militärbeobachtern, die insbesondere den Auftrag haben, den Entmilitarisierungs- und

Abrüstungsteil des Friedensabkommens zu überwachen und zu organisieren. *Dieser Einsatz ist im Übrigen mandatiert nach Kapitel VI der UN-Charta.*

4) Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass das CPA jetzt in seine entscheidende und besonders kritische Phase gerät: Im Januar 2011 soll die Bevölkerung des Südens darüber abstimmen dürfen, ob sie sich vom Rest des Landes lossagt oder nicht. Die Gefahr eines Wiederausbruchs des Krieges im Vorfeld bzw. im Nachgang zu dieser Abstimmung ist erheblich.

Zwei Szenarien scheinen möglich:

- a) Die friedliche Sezession des Südens. Ein Schritt der, da zwischen den Konfliktparteien vertraglich geregelt, im Einklang mit dem Völkerrecht stünde. Das würde voraussetzen, dass alle Seiten das Ergebnis der Volksabstimmung anerkennen, das nach Lage der Dinge wahrscheinlich auf die Unabhängigkeit des Südens hinauslaufen wird.
- b) Die Rückkehr des Krieges. Gegenwärtig wird vor allem Gefahr gesehen, dass der Norden die Situation des Referendums nutzen könnte, um die ölreichen und umstrittenen Provinzen im Norden des Südens, Abyei, Südkordofan und Blue Nile militärisch zu besetzen und sich endgültig einzuverleiben. Aber auch andere Szenarien – die Mobilisierung loyaler ethnischer Milizen durch den Norden etwa oder die Blockade von Öllieferungen – sind denkbar, die dazu führen könnten, dass die SPLM den Krieg für die Lostrennung wieder aufnimmt.

Die Chance einer friedlichen Regelung ist aber nach wie vor gegeben. Die Baschir-Regierung hat ihre Bereitschaft erklärt, auch eine durch ein Referendum legitimierte Abspaltung des Südens anzuerkennen. Dass dabei auch die Hoffnung mitschwingen mag, der Süd-Sudan sei allein nicht lebensfähig und werde irgendwann reumütig in die Union zurückkehren, ist in diesem Zusammenhang unerheblich. Und tatsächlich: Ohne jegliche eigene Infrastruktur der Ölförderung und -vermarktung, ohne einen eigenen Zugang zum Indischen Ozean wird der Süden nur schwer überleben können. In vielerlei Hinsicht säße der Norden am längeren Hebel.

Es bleiben jede Menge Unwägbarkeiten, die zum erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges führen können:

Was passiert, wenn die nach wie vor ungelösten Fragen der Zugehörigkeit der zwei genannten Ölprovinzen Kordofan und Blue Nile und die damit einhergehende Frage der Grenzregelungen weiter ungelöst bleiben? Was passiert mit der Provinz Abyei? Die drei Provinzen werden ihr eigenes Referendum haben, um über ihre künftige Zugehörigkeit zu entscheiden.

Was passiert mit den über zwei Millionen Menschen, die aus dem Süden nach Khartoum geflohen sind und denen ggf. bei der Abtrennung die Staatsbürgerschaftsrechte im Norden entzogen werden? Was würde deren Rückkehr für die Stabilität des neuen Staates Südsudan bedeuten?

5) Um die große Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges abzuwenden, ist auch die internationale Diplomatie gefordert. Es geht darum, bei der Lösung obiger Probleme zu helfen und die Angebote umfassender Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren. Dem bislang auch unter dem Embargo des Westens leidenden Norden sind im Gegenzug zu einer Beteiligung an einer friedlichen Konfliktlösung wirtschaftliche Anreize anzubieten.

Die Vereinten Nationen sind dabei ebenso gefordert wie die AU oder die Europäische Union. Deutschland sollte dabei sein Gewicht in die Waagschale bringen, um diese Bemühungen zu unterstützen. Jetzt die UNO „aus dem Spiel zu nehmen“ wäre mehr als töricht, es wäre brandgefährlich. Die deutschen Militärbeobachter zurückzubeordern, hätte faktisch wenig Konsequenzen – und könnte mit der nicht erfolgten Entmilitarisierung der Konfliktparteien auch begründet werden. Aber ein solcher Schritt hätte eine hohe symbolische Bedeutung. Die Bundesrepublik Deutschland würde die UNO just in einer Situation im Stich lassen, in der sie besonders gebraucht würde. Das ist friedenspolitisch nicht zu verantworten.

Es gibt zwei historische Fälle, in denen von der UNO beauftragte Blauhelme in einer extrem gewaltgeladenen Situation abgezogen worden sind, in Somalia 1993 und in Rwanda 1994. Die Folgen vor allem im letzten Fall sind bekannt. Nun ist jeder Schauplatz anders zu beurteilen und konkret zu analysieren (die Somalia-Mission UNOSOM bspw. war US-imperialistisch geprägt und musste scheitern), aber genau darum gilt es zu streiten. Einfach – um der Reinheit der Lehre (welcher?) willen – diese Problematik wegzuwischen, werde ich nicht mitmachen.

Vor allem sollte auch Folgendes bedacht werden: Ein Wiederaufflammen des Krieges hätte – wie gehabt – nicht nur entsetzliche Konsequenzen für die Zivilbevölkerung. Er hätte heute zugleich eine neue internationale Dimension, die das Ganze zu einem Pulverfass werden lässt: Zumindest

mittelbar gerieten die USA als Schutzmacht des Südens und China als dem Hauptverbündeten der Regierung in Khartoum aneinander. Die Folgen sind kaum kalkulierbar.

6) Die UNMIS-Blauhelme haben in den kommenden Wochen und Monaten eine eminent wichtige Pufferfunktion. Sie bieten keine Gewähr, auf diesem Weg den Krieg zu verhindern. Das hängt wesentlich von den Akteuren vor Ort ab. Aber sie tragen wesentlich dazu bei, wenigstens die Chancen zu erhöhen, dass eine militärische Konfrontation vermieden wird.

Wenn die UN-Soldaten (die überwiegend aus Indien, Pakistan und Bangladesh kommen) abgezogen würden, wäre dies mitnichten ein Schritt zum Frieden. Im Gegenteil. Die Alternative dazu ist, um auch darüber keine Missverständnisse aufkommen lassen, eine Militärintervention der Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA, auch unter der jetzigen Obama-Administration, haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie militärisch auf der Seite des Südens eingreifen werden, wenn der Wiederausbruch der Gewalt droht. Sollte der Norden im Kontext des Referendums beispielsweise die umstrittenen ölreichen Provinzen besetzen, ist mit einem militärischen Eingreifen der USA zu rechnen. Die Optionen dafür liegen auf dem Tisch: Blockade des strategisch wichtigen Hafens Port Sudan, Bombardierung wichtiger Einrichtungen der sudanesischen Armee (SAF) und einiges mehr.

Genau eine solche fatale Entwicklung gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Dies kann nur gelingen durch diplomatische Anstrengungen im Rahmen der UN und durch die weitere Präsenz der UN im Land. Zumindest bis zum Jahre 2011.